
Đuro
NJAVRO

Valerija
BOTRIĆ

WIRTSCHAFT UND POLITIK IN KROATIEN

Politik und Wirtschaft dienen dem Wohl von Gemeinschaft und Familie. Da ohne Einblick in die geschichtlichen Zusammenhänge weder die politischen noch die wirtschaftlichen Probleme vollständig zu erfassen sind, wollen wir im Folgenden auf einige Probleme eingehen, die bereits seit längerer Zeit in der kroatischen Wirtschaft zugegen sind.

Die Hauptcharakteristika und -probleme der kroatischen Wirtschaft der Achtzigerjahre waren stagnierendes Sozialprodukt, Rückgang der Produktivität, steigende Arbeitslosigkeit, Inflation und hohe Auslandsverschuldung.

Parallel zum Prozess der Staatsgründung Anfang der 90er-Jahre versuchte die Republik Kroatien wie auch die anderen Transformationsländer, möglichst viele marktwirtschaftliche Elemente in ihr Wirtschaftssystem einzubringen. Aus diesem Grunde wurde der juristische Rahmen entsprechend abgeändert, die Privatisierung der staatlichen Unternehmen in die Wege geleitet und die Entwicklung des privaten Unternehmertums gefördert. Dabei befand sich Kroatien im Vergleich zu den anderen Transformationsländern in einer etwas günstigeren Lage, da sein Wirtschaftssystem bereits seit geraumer Zeit gewisse Elemente der Marktwirtschaft enthielt. Doch als alles erschwe-

render Umstand traf Kroatien zu Beginn der Transformation der Ausbruch des Krieges,¹ der nicht nur zur physischen Vernichtung weiter Teile der Produktionskapazitäten führte, sondern auch den Verlust der Absatzmärkte in Osteuropa mit sich brachte.

Zusätzlich zu den Problemen der Transformation befand sich Kroatien in einem Verteidigungskrieg und musste eine Armee aufstellen, Hunderttausende Flüchtlinge und Vertriebene aus Bosnien-Herzegowina sowie Kriegsversehrte, Hinterbliebene und andere Opfer des Krieges versorgen und den Wiederaufbau bewerkstelligen.

In all diesen Jahren war die kroatische Gesellschaft von dem Problem des wirtschaftlichen Wandels in Anspruch genommen, aber auch von der Schaffung einer neuen sozialen Kohäsion und einer angemessenen Ethik sowohl in der Wirtschaft als auch in der Politik.

SOZIALE UND WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG DER REPUBLIK KROATIEN IM 21. JAHRHUNDERT

Das Problem der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Kroatiens ist aufs Engste verknüpft mit der Frage der kulturellen und nationalen Identität im Umfeld der Globalisierung. Gleichzeitig mit der Schaffung ihres Staates mussten sich die Kroaten ihres Modells der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung entledigen.

Nach dem Ende der Kriegsgefahr und unter den gegebenen Umständen der Globalisierungstendenzen und europäischen Integrationsstömungen braucht Kroatien eine eindeutige Definition seiner gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung bzw. seiner weiteren Globalisierungsstrategie, aber auch der Entwicklung seiner kultu-

rellen und wirtschaftlichen Identität. Im Hinblick darauf lassen sich die Grundziele festlegen, die erreicht werden müssen.

Strategische Entwicklungsziele

- Hoher Grad von Wohlstand für alle Bürger Kroatiens

Das bedeutet: hohe Wachstumsrate, gestützt auf zunehmenden Export; Anstieg von Beschäftigung, sozialer Sicherheit und Lebensstandard; Anpassung der Wirtschaftsstrukturen an die Ausführorientierung; zufrieden stellendes Niveau des Bildungs-, Wissenschafts-, Kultur- und Gesundheitsstandards der Bevölkerung u. Ä.

- Gerechter Sozialstaat und neue kroatische Gesellschaft

Gemeint ist damit eine weitere Bestätigung des Lebens von Individuum und Familie als Grundwerte der Gesellschaft; eine Ausweitung der Kompetenzen von lokaler Verwaltung und Selbstverwaltung; zunehmende Transparenz und Kontrolle bei den staatlichen Behörden auf allen Ebenen; Professionalisierung und straffere horizontale Verknüpfung der staatlichen Behörden auf allen Ebenen, ...

- Bewahrung des Friedens und der nationalen Sicherheit

Gemeint ist damit die Pflege von guten Beziehungen zu anderen Staaten, insbesondere zu den Nachbarn; der Einsatz für Frieden und Stabilität in der Region; die Mitgliedschaft in den militärisch-politischen euroatlantischen Integrationen; die aktive Teilnahme an den Abrüstungs- und Rüstungskontrollprozessen sowie der Aufbau ei-

nes modernen, wirkungsvollen und schlagkräftigen Verteidigungssystems.

- Anschluss an die globalen und regionalen Integrationen und Organisationen

Die genannten Ziele beinhalten den Beitritt in die multilateralen Weltorganisationen, die schrittweise Integration in die Europäische Union, die Eingliederung in subregionale Integrationen und Organisationen sowie verstärkte bilaterale Zusammenarbeit.

WIRTSCHAFTSPOTENZIALE DER REPUBLIK KROATIEN FÜR IHRE KÜNFTIGE ENTWICKLUNG IM UMFELD DER GLOBALISIERUNG

Zu den Wirtschaftspotenzialen gehören:

1. menschliche Ressourcen

- allgemein hohes Bildungsniveau
- hohe Mobilität
- traditionelle Kontakte zu hoch entwickelten Ländern
- hohe Motivation zur Entfaltung des demokratischen und sozialen Wohlstands

2. natürliche Ressourcen

- Meer und Wasserläufe
- Naturschönheiten
- Land
- Forst- und Holzreichtum
- relativ gut erhaltene Umwelt und Trinkwasserreichtum
- geopolitische Lage der Republik Kroatien
- adriatische und mediterrane Orientierung

Laut Angaben der Weltbank zum Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt ist die Republik Kroatien ein hoch entwickeltes Transformationsland, was

dem Land die Möglichkeit eröffnet, in relativ kurzer Zeit ein für den Beitritt zu den westeuropäischen Bündnissen zufrieden stellendes Niveau zu erreichen.

Das kroatische Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt lag im Jahre 1997 bei 21,6 Prozent des OECD-Durchschnitts bzw. 19,3 Prozent des EU-Durchschnitts.

Perspektiven

Die Ziele sind zu erreichen, wenn die Republik Kroatien neue 'Kennmarken' seiner Wirtschaftsentwicklungspolitik schafft. Niedrige Inflationsrate, relativ stabiler Wechselkurs, möglichst ausgeglichener Staatshaushalt und ein einheitliches, unparteiisches Verhältnis gegenüber allen Wirtschaftszweigen sind Kennzeichen einer guten Wirtschaftspolitik.

Internationales Umfeld

Eine Öffnung gegenüber dem Weltmarkt sowie die Eingliederung in die Prozesse der Globalisierung, der Regionalisierung und der Liberalisierung des Warenaustauschs können zur Entwicklung kleiner Länder beitragen und ihnen zu einem stabilen Wirtschaftswachstum verhelfen, stellen sie aber auch vor zahlreiche Herausforderungen.

Hinsichtlich der Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Kroatien und dem Ausland ergeben sich daher folgende strategischen Ziele:

1. Beitritt in die multilateralen Weltorganisationen,
2. schrittweise Integration in die Europäische Union,

3. Anschluss an die subregionalen Integrationen und Organisationen sowie

4. Verstärkung der bilateralen Zusammenarbeit.

Die schrittweise Integration in die Europäische Union ist für Kroatien von oberster strategischer Bedeutung. Eine Erstarkeung der integrativen Bindung an die Union stellt eine auf Ausfuhr gestützte, langfristig stabile Wirtschaftsentwicklung in Aussicht sowie auch einen verstärkten Zufluss von Kapital und Investitionen aus dem Ausland; den Anschluss an die internationalen Handelsprozesse, den EU-Binnenmarkt und die Freihandelszonen, die die EU mit anderen Ländern unterhält (Europäischer Wirtschaftsraum, CEFTA, übrige Länder); eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit auf ausländischen Märkten durch eine stufenweise Reduzierung der Zölle; einen leichteren Zugang zu den internationalen technologischen Prozessen sowie letztendlich auch eine dauerhafte Verbesserung der nationalen Sicherheit.

Eine Integration in die EU bringt für Kroatien Kosten und Nutzen mit sich.² Man schätzt, dass die statischen, kurzfristigen Auswirkungen der Integration nach der gegenseitigen Aufhebung der Zölle zunächst zu einem rascheren Anstieg der Einfuhr aus der EU im Vergleich zur Ausfuhr in die EU führen und in der Anfangsphase ein Handelsdefizit nach sich ziehen wird. Doch auch in dieser Zeit werden durch die Einfuhr von Produktionsgütern und Kapital, d.h. durch eine Kapitalerneuerung moderner Produktion, zahlreiche positive Effekte zu verzeichnen sein.

Der Stabilitätspakt kommt den Plänen Europas für eine Eingliederung der Länder Südosteu-

ropas in die europäische Integration entgegen, was von kroatischer Seite unterstützt wird und als Gelegenheit und Möglichkeit für langfristige Zusammenarbeit, für Stabilität und Frieden in der Region, aber auch für einen beschleunigten Beitritt in die EU unter Beibehaltung seiner nationalen und staatlichen Identität betrachtet wird.

DIE NEUE ROLLE DES STAATES

Die Verwirklichung der strategischen Ziele der wirtschaftlichen Entwicklung verlangt die Formierung einer neuen und andersartigen Rolle des Staates für die Wirtschaft. Sie muss dahin gehend verändert werden, dass der Staat die Entwicklung der Marktwirtschaft nachhaltig unterstützt, das Wirtschaftswachstum fördert und eine sozial gerechte Gesellschaft schafft.

Die Bemühungen der kroatischen Regierung um mehr soziale Gerechtigkeit und die Sicherung des Existenzminimums sind abzulesen an dem stetig ansteigenden Staatshaushaltsposten der laufenden Transfers an diejenigen Kategorien, die diese Hilfe am nötigsten haben.³

Tabelle 1.
 Konsolidierter Staatshaushalt

in Mio. HRK	1994	1995	1996	1997	1998	1999*
Einnahmen und Zuwendungen gesamt	40194.3	47440	54385	60199	72264	75852
Einnahmen gesamt	40194	47430	54371	60181	72242	75824
laufende Einnahmen	39833	46451	52778	58986	68976	68599
Steuereinnahmen	37767	43677	47962	53282	62764	62248
Einkommenssteuer	5317	5732	6916	6714	7965	7407
Gewinnsteuer	887	1401	1772	2504	3331	3181
Sozialversicherungsbeiträge	11525	13920	15534	17725	18144	19051
Produktsteuern	13107	12802	13504	15133	22200	20646
Verbrauchssteuern	2689	4960	5391	5405	5768	6389
Steuern auf internationalen Zahlungsverkehr und Transaktionen	3487	3922	3942	4640	4128	4252
übrige	755	940	903	1161	1228	1321

in Mio. HRK	1994	1995	1996	1997	1998	1999*
außersteuerliche Einnahmen	2066	2774	4816	5704	6212	6351
Kapitalerträge	361	979	1593	1195	3266	7225
Zuwendungen	0.3	10	14	18	22	28
Ausgaben und Anleihen, verringert um Tilgung, gesamt	38598	48139	54783	61697	71472	78597
Ausgaben gesamt	38274	47881	54296	61058	70250	77243
laufende Aufwendungen	35607	43408	46940	53608	60865	64385
Löhne und Gehälter (brutto)	9064	11739	12051	13577	16297	18253
Ausgaben für übrige Güter und Dienstleistungen	13606	15630	15109	15089	17140	15255
Zinsen	1138	1423	1243	1839	2100	2363
Subventionen	2065	2043	2345	2647	3645	3362
laufende Transfers	9734	12573	16192	20456	21683	25153
Kapitalaufwendungen	2667	4473	7356	7450	9385	12858
Kapitaltransfers	269	1933	3281	3257	3784	5444
Investitionen gesamt	2398	2540	4075	4193	5601	7414
Anleihen, verringert um Tilgung	324	258	487	639	1222	1354
laufendes Defizit/Suffizit	4226	3043	5838	5378	8110	4214
Defizit/Suffizit gesamt	1596.3	-699	-398	-1498	791	-2745

Quelle: Finanzministerium

* geschätzt

Die Sorge um die sozial schwachen Bevölkerungsschichten bringt es mit sich, dass in nächster Zukunft die Umverteilung der Einkünfte eine wichtige Aufgabe des Staates darstellen wird. Dazu ist ein gerechtes Steuersystem erforderlich, doch andererseits muss auch weiterhin am Prinzip der Effizienz des Steuersystems festgehalten werden. Zusätzlich zur Umverteilung müssen noch andere Instrumente zum Einsatz kommen, wie beispielsweise die Unterordnung der Wirtschaftspolitik unter die Ziele von Wirtschaftswachstum und -entwicklung, was zu mehr Beschäftigung führen und auf diese Weise die Zahl der sozial Schwächeren verringern wird.

Der staatliche Sektor, d.h. der auf Wirtschaftswachstum und Marktwirtschaft ausgerich-

tete Staat, muss leistungsfähiger werden, als er gegenwärtig ist. Das Grundprinzip für das Funktionieren des Staates und sein Verhältnis zur Wirtschaft muss lauten: Der Staat darf keine Arbeiten übernehmen, die der Markt besser regeln kann, sondern vielmehr bei eventuellen Misserfolgen ausgleichend eingreifen. So gesehen muss der Staat so weit wie möglich von einer Produzentenrolle ablassen und durch geeignete Maßnahmen ein günstiges Umfeld für die Entfaltung des Privatsektors schaffen, der bereit ist zu Innovation und kommerziellem Risiko.

Ein reibungsloses und leistungsstarkes Funktionieren der Marktmechanismen ist nur in einem Rahmen möglich, der gekennzeichnet ist durch das Bestehen eines Rechtswesens, das in der Lage ist, Zahlungsdisziplin, den Schutz von Gläubigern und Eigentumsrechten, die Einhaltung von Verträgen und das rasche Verschwinden untauglicher Unternehmen vom Markt zu gewährleisten. Der weitere Ausbau einer unabhängigen Justiz, aber auch die kontinuierliche Verbesserung der Qualität und fachlichen Befähigung der Richter ist daher unbedingt erforderlich.

Außerdem muss der Staat eindeutig Stellung beziehen gegenüber Verlustbetrieben und aufhören mit dem Sanieren von Unternehmen durch Steuer- und Abgabenerlass oder durch die fruchtlose Subventionierung ihrer Produkte, denn in den überwiegenden Fällen wurde dadurch nichts anderes erreicht, als die Probleme auf die Steuerzahler abzuwälzen.

Um die Effektivität von Investitionsprojekten zu erhöhen und Fehlinvestitionen möglichst gering zu halten oder zu verhindern, muss der Staat seine Rolle als Investor verringern und als einzi-

gen Investitionsbereich die wirtschaftliche Infrastruktur beibehalten, doch auch da seine Aktivitäten mit den Möglichkeiten der Finanzierbarkeit in Einklang bringen.

In der kommenden Zeit ist der Berufsausbildung besondere Aufmerksamkeit zu widmen, um eine höhere Flexibilität der Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen. Dazu ist ein Ausbau der Fachstudiengänge notwendig, die streng spezialisiert sein und damit den Anforderungen der neuen Technologien und der Entwicklung und Förderung des Unternehmertums gerecht werden müssen. Von daher ist strikt zu trennen zwischen Fachstudium, das den Forderungen der Wirtschaft entsprechen muss, und wissenschaftlichem Studium, das auf die Erlangung von akademischen Titeln ausgerichtet ist.

Die strategische Vision von einer neuen Rolle des Staates ist unvollständig ohne eine Vision von der regionalen Entwicklung und von den wechselseitigen Beziehungen zwischen regionaler Entwicklung und Gesamtrolle des Staates. Die Unterschiedlichkeiten der Regionen sind als Vorzug und nicht als Belastung aufzufassen und sollten auf kreative Art und Weise als Faktoren für eine beschleunigte und verbesserte Entwicklung der einzelnen Regionen genutzt werden.

Das heißt aber selbstverständlich nicht, dass eine autonome Entwicklung einer Region gefördert werden soll, die die Lage und Interessen der anderen Regionen außer Acht ließe. Regionalpolitik darf nicht bloß Politik für unterentwickelte Regionen und Gespanschaften sein. Vielmehr muss sie die Entvölkerung einzelner Landstriche aufhalten, den Zustrom der Menschen in die Großstädte bremsen, die Eigenarten der einzelnen

Gesellschaften herausstreichen (was insbesondere für die Entwicklung des Fremdenverkehrs wichtig ist) und Direktinvestitionen aus dem Ausland anwerben, um so durch die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen die negativen Folgen der Abwanderung aufzufangen.

STEUERPOLITIK

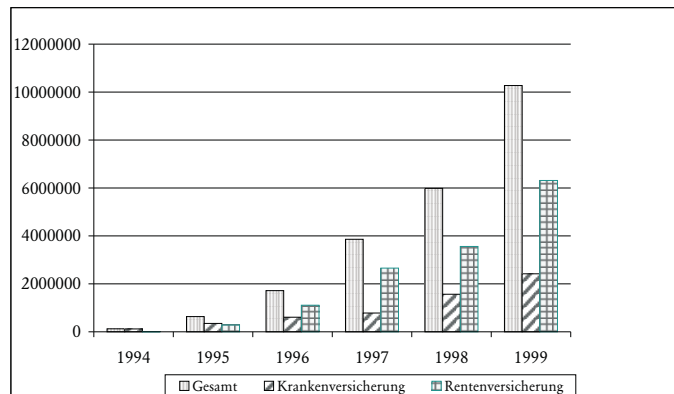
Bei der Verwirklichung der strategischen Ziele muss die Finanzpolitik Folgendes sicherstellen:

- Verringerung der Steuerlasten,
- Verringerung der öffentlichen Ausgaben,
- einen ausgeglichenen Haushalt oder ein Defizit, das die Höhe der Umstrukturierungskosten der Rentenreform nicht überschreiten darf,
- hohes Sparaufkommen,
- tragbare Verschuldung der öffentlichen Hand.

Bei der Verwirklichung dessen müssen Einsparung, Rationalität und Effizienz die Grundprinzipien für den Umgang mit den öffentlichen Ressourcen sein. Außerdem muss unbedingt mit der Durchführung der Finanzreform des Renten- und Krankenversicherungssystems begonnen werden. Abbildung 1 zeigt, wie die Ausgaben des Staatshaushalts für die Finanzierung der Renten- und Krankenversicherung von Jahr zu Jahr steigen.

Im Laufe der vergangenen fünf Jahre wurde in Kroatien ein modernes und transparentes, auf Verbrauchsbesteuerung basierendes Steuersystem geschaffen. In seinen Grundzügen braucht dieses System bis zum Jahre 2005 nicht abgeändert zu werden, doch die Finanzpolitik muss auf die Verringerung der Steuerlasten und auf mehr Gerech-

Abbildung 1.
Transfers aus dem
Staatshaushalt an
außeretatmäßige
Versicherungsfonds (in
Kroatischen Kuna)



Quelle: Finanzministerium

tigkeit im bestehenden System ausgerichtet sein, indem sie die Instrumente der persönlichen Freibeträge und der unterschiedlichen Koeffizienten für den Unterhalt von Familienangehörigen stärker zur Anwendung bringt.

Wie bisher, so muss auch in Zukunft der Einsatz von fiskalischen Instrumenten zur Durchführung selektiver Industriepolitik vermieden werden. Die Grundrichtung der Steuerpolitik muss die Schaffung einheitlicher fiskalischer Bedingungen für sämtliche Wirtschaftsunternehmen sein. Dieses Ziel rechtfertigt Steuererleichterungen für ganz bestimmte Aspekte des Sparens, wie z.B. Steuerfreibeträge für zum Sparen bestimmte Einkommensteile, Hilfestellung beim Ausbau der Bausparkassen und auch Steuererleichterungen bei Reinvestition von Gewinnen.

Eine stufenweise Verringerung der Sozialversicherungsabgaben wird für eine Verringerung von Lohnnebenkosten bzw. Personalaufwand und damit für eine leichtere Anstellung von Arbeitskräften und eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der kroatischen Wirtschaft sorgen.

Da allerdings die Forderung nach einer Verringerung der Sozialversicherungsbeiträge dem

großen und weiter ansteigenden Finanzmittelbedarf des Renten- und Krankenversicherungssystems entgegensteht, ist eine grundlegende Reform dieser beiden Versicherungssysteme, flankiert von weiteren Ausgabenkürzungen der öffentlichen Hand, Grundvoraussetzung für eine tragbare Senkung der Sozialversicherungsbeiträge.

Die derzeitige Art der Gewinnbesteuerung ist zwar bereits auf das Ziel abgestimmt, ausländische Direktinvestitionen anzuziehen, denn durch den Mechanismus des Zinsschutzes unterliegt nur derjenige Teil des Gewinns der Steuerpflicht, der über die Standardverzinsung des Eigenkapitals hinausgeht. Doch ein auf ausländische Direktinvestitionen fein abgestimmtes Abkommen über das Vermeiden einer Doppelbesteuerung sowie exakt festgelegte Steuervergünstigungen wären für ausländische Firmen zusätzliche Impulse, nach Kroatien zu kommen.

Der Strukturwandel der öffentlichen Ausgaben macht weitere Einsparungen im Staatshaushalt (gemessen an den Ausgaben für Güter und Dienstleistungen) sowie Veränderungen an seiner Struktur zugunsten der Ausgaben für Bildung und Wissenschaft nötig. Die Kürzung der Ausgaben für Armee und Polizei muss in den nächsten Jahren ebenfalls fortgesetzt werden. Eine Rationalisierung der Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und die Beseitigung des derzeitigen Ungleichgewichts in den Ausgaben für Löhne und Gehälter, bei denen heute die Gehälter für Armee und Polizei dominieren, wird zu einer Reduzierung der Gesamtlohnkosten führen und den Entstehungsprozess einer motivierten und leistungsfähigen öffentlichen Verwaltung in Gang setzen.

Eine Verringerung der Investorrolle des Staates im Bereich der Infrastruktur bei gleichzeitigem Abschluss des Wiederaufbaus und zunehmender Zurückhaltung bei Kapitalaufwendungen dürfte in den kommenden Jahren eine bedeutende Quelle für die Verringerung des gesamten öffentlichen Sektors sein.

Die Verwirklichung des Sozial- und Rechtsstaats muss sich auf der Ausgabenseite des Staatsstats niederschlagen – bei den Transfertransaktionen. In Zukunft müssen diese Transaktionen ein Anwachsen des Lebensstandards der Rentner sowie einen angemessenen Grad von Schutz für die sozial Schwächeren gewährleisten, der mit den wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes und dem Tempo des Wirtschaftswachstums Schritt hält. Eine sorgfältige Kontrolle des künftigen Anwachsens der Transfers, aber auch der Erhalt der fiskalischen und der gesamten makroökonomischen Stabilität sind die Grundvoraussetzung für eine Verringerung des öffentlichen Sektors.

DER SOZIALSTAAT

Laut Verfassung ist die Republik Kroatien ein Sozialstaat. Eine der obersten Aufgaben der Innenpolitik muss daher die Lösung sozialer Fragen sein. Doch ohne gut entwickelte Wirtschaft, klar umrissene Vorstellungen von der wirtschaftlichen Entwicklung und sinnvolle Sozialpolitik kann es keinen echten Sozialstaat geben. Zudem schließt die Entscheidung für soziale Marktwirtschaft auch die komplexen Prozesse von Privatisierung und Wirtschaftsreform mit ein, die, wenn sie nicht gut durchdacht sind, zu untragbaren sozialen Unterschieden führen.

Während die entwickelten westeuropäischen Industrieländer über starke institutionalisierte Mechanismen zur Artikulierung sozialer Interessen verfügen, die die Interessen von Arbeit, Kapital und Regierung zusammenbringen, muss Kroatien noch viel für den Ausbau der Mechanismen der sozialen Partnerschaft tun, die das einzig gebotene Mittel zur friedlichen Interessensartikulation und zur Beilegung sozialer Konflikte ist. Die Erfahrungen der Industrieländer können uns bei der Schaffung des sozialen Konsens helfen, wobei allerdings Kroatien als Reformland bei der Übertragung auf die hiesigen Verhältnisse mit äußerster Vorsicht vorgehen und den besonderen Umständen seiner Entwicklung Rechnung tragen muss.

Eine besondere Herausforderung für den Sozialstaat stellt die globale Entwicklung der Weltwirtschaft dar, da sämtliche Produktionsfaktoren unterschiedlichster Herkunft, Kultur und Entwicklungsstufen am Wettbewerb auf dem Weltmarkt teilnehmen. Wie kann der Prozess der Globalisierung in den Dienst der Erstarkung des Sozialstaats gestellt und mit den nationalen Interessen in Einklang gebracht werden? Eine akzeptable Antwort wäre: durch gesteigerte Leistungsfähigkeit aller Strukturen des Sozialstaats sowie durch die Frage, ob das überlieferte System der sozialen Rechte und Verteilungskriterien überhaupt noch gerechtfertigt ist. Um eines bestimmten sozialen Optimums willen müssen die neuen Antworten für sämtliche Gesellschaftsgruppen annehmbar sein. Das Ziel ist dabei die Bewahrung des sozialen Friedens, der Stabilität der Gesellschaft und der Grundwerte der Verfassung. Doch die Bewahrung des sozialen Friedens darf nicht zu Lasten

der Veränderungen gehen, die für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der kroatischen Wirtschaft auf dem Weltmarkt unbedingt erforderlich sind, da sie die einzige Gewähr dafür sind, dass die Sozialpolitik nicht unerträglicher Natur sein wird. Die Kosten für die Veränderungen und die Reform des Sozialstaats müssen ebenfalls gerecht verteilt werden.

Eines der Hauptprobleme des kroatischen Wirtschaftswachstums ist das niedrige Sparniveau im Land von rund 16 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, das für das Erreichen der angestrebten

Tabelle 2.
 Bruttoinlandsprodukt der
 Republik Kroatien

	1994	1995	1996	1997	1998*
privater Verbrauch	46,574,917	62,882,204	65,366,838	77,028,077	82,539,956
staatlicher Verbrauch	25,737,829	28,916,516	29,153,903	31,972,817	36,262,826
Bruttoinvestitionen	15,191,341	17,313,462	23,688,618	34,857,570	32,047,192
Anlageinvestitionen	12,209,891	15,397,952	22,089,403	29,952,191	32,856,685
Veränderungen der Reserven	2,981,450	1,915,510	1,599,215	4,905,379	-809,493
Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen	40,086,299	37,951,200	43,401,700	50,280,616	55,399,536
minus: Einfuhr von Gütern und Dienstleistungen	40,149,221	48,681,400	53,630,500	70,328,345	67,857,775
Bruttoinlandsprodukt	87,441,165	98,381,982	107,980,559	123,810,735	138,391,735
BIP nach der Aufwandmethode					1994=100
laufende Preise					
	1994	1995	1996	1997	1998
privater Verbrauch	100.0	135.0	140.3	165.4	177.2
staatlicher Verbrauch	100.0	112.4	113.3	124.2	140.9
Bruttoinvestitionen	100.0	114.0	155.9	229.5	211.0
Anlageinvestitionen	100.0	126.1	180.9	245.3	269.1
Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen	100.0	94.7	108.3	125.4	138.2
minus: Einfuhr von Gütern und Dienstleistungen	100.0	121.3	133.6	175.2	169.0
Bruttoinlandsprodukt	100.0	112.5	123.5	141.6	158.3
Anteil des Sparaufkommens am BIP	23.6	9.6	16.1	16.7	16.0

Quelle: Staatliches Amt für Statistik

* vorläufige Angaben

Entwicklungsstufe auf rund 25 Prozent steigen muss. Daher stellt sich die Frage nach zusätzlichen Sparquellen.

In den letzten Jahren wurden Sparquellen im eigenen Land genutzt, doch da es langfristig negative Folgen haben kann, wenn man sich ausschließlich auf eine solche Politik verlässt, müssen Mittel gefunden werden, die das Sparaufkommen vergrößern, ohne jedoch gegen die Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit zu verstoßen.

Von besonderer Bedeutung ist daher, dass die zweite und dritte Säule der Rentenreform angewandt wird, d. h. sowohl Pflicht- als auch freiwillige Sparbeiträge zur Rentenversicherung entrichtet werden, dass das Bausparkassenwesen ausgebaut wird und Lebensversicherung und Zusatzkrankenversicherung weitere Verbreitung finden.

Sozialpolitik ist kein einheitlicher Bereich, da die Bedürfnisse nach sozialer Intervention unterschiedlich sind und häufig nicht miteinander in Verbindung stehen. Als besondere Maßnahmen der Sozialpolitik können drei Kategorien ausgesondert werden:

1. Maßnahmen, die auf den Bereich der Arbeit gerichtet sind,
2. Maßnahmen, die auf sozial besonders schwache Teile der Bevölkerung gerichtet sind,
3. Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität.

Der erste Bereich umfasst Maßnahmen von Gesetzgebung, Arbeitsrecht, Arbeitsschutz, Arbeitsmarktregulierung, Arbeitslosenversicherung, Arbeitszeit und Jahresurlaub, Mindestlöhne, Mitbestimmungsrecht, Rentenversicherung u. Ä.

Der zweite Bereich umfasst Maßnahmen zur Unterstützung von Kranken, Invaliden, Alten, Fa-

milien, Opfern von Naturkatastrophen, Kriegsversehrten, Kindern, Jugendlichen, Waisen, Obdachlosen u. Ä.

Zum dritten Bereich gehören Maßnahmen der Wohnungsbau-, Schul-, Ausbildungs-, Bildungs- und Umweltpolitik, Verbrechensbekämpfung u. Ä. Diese Maßnahmen sind nicht rein sozialer Natur, sondern berühren auch andere Bereiche der Politik, die jedoch zweifellos ebenfalls eine soziale Komponente haben.

Die soziale Lage der Rentner in Kroatien

Das Problem des Rentenversicherungssystems ist zu einer Kernfrage der sozialpolitischen Prozesse und Auseinandersetzungen geworden, sodass die Reform des Systems eine gemeinsame und allumfassende Lösung für die gegenwärtigen und künftigen Rentnergenerationen darstellt. Auf lange Sicht kommt sie vor allem jenen zugute, die heute erst am Anfang ihres Berufslebens stehen.

In Ländern wie Kroatien, in denen die Lage der Rentner vom öffentlichen Rentenversicherungssystem abhängt, trifft jede, auch die geringste Veränderung an diesem System weite Teile der Bevölkerung und steht in direktem Zusammenhang mit der jeweiligen Wirtschaftsentwicklungsstrategie.

Laut mehreren im Jahre 1998 durchgeführten Untersuchungen ist der typische kroatische Rentner eine Frau (65 %), zwischen 60 und 70 Jahre alt und seit weniger als zehn Jahren im Ruhestand, hat 21 bis 35 Jahre Erwerbstätigkeit hinter sich, lebt in einem Drei-Personen-Haushalt, ist gemäßigt religiös, interessiert sich nicht für Politik, geht aber regelmäßig zur Wahl. Ein Drittel der Rentnerhaushalte hat ein Einkommen von 1000

bis 2000 Kuna und ein Fünftel weniger als 1000 Kuna.

Eine Analyse der Angaben zu den Rentempfängern zeigt, dass ihr Hauptproblem im relativ niedrigen Einkommen liegt, doch der Vorteil gegenüber den übrigen Altersgruppen besteht darin, dass sie häufig Eigentümer von Immobilien sind, was die Lebenshaltungskosten erheblich verringert. Die meisten Rentner (64,5 %) sind nämlich Haus- oder Wohnungseigentümer, 23,6 Prozent sind dabei, die Wohnung abzuzahlen, und weitere 8,2 Prozent haben das Recht auf eine verbilligte Wohnung und darauf, diese verbilligt zu kaufen. Hinzu kommt, dass 35 Prozent der Rentner noch andere Immobilien besitzen (Ferienhäuser, Land, Wälder).

Die Notwendigkeit der Rentenreform

Der Übergang zur Marktwirtschaft hat es für viele Länder notwendig gemacht, ihr gesamtes Wirtschaftssystem und innerhalb dessen auch das Rentensystem zu reformieren. Dieses Problem stellte sich auch für die Republik Kroatien. Die Hauptschwierigkeiten der Reform liegen hier in der Finanzierung der Initial-Transitionskosten und in der Wahl eines geeigneten Rentensystems. Die auf dem Generationenvertrag basierenden Rentensysteme stecken beinahe überall auf der Welt in einer Krise.

Die Hauptziele des künftigen Rentensystems sind:

- verringerter Anstieg der Rentnerzahlen
- verringerte Rentenversicherungsbeiträge

Die erste Säule des Rentensystems

Hier bleibt das System des Generationenvertrags weiter in Gebrauch, sodass die Erwerbstätigen die Mittel für die Renten erwirtschaften. Anders ausgedrückt: Das Geld, das als Rentenbeitrag eingezahlt wird, wird umgehend an die Rentenempfänger ausgezahlt.

Die zweite und dritte Säule des Rentensystems

Die zweite und dritte Säule des Rentensystems basieren auf individueller Vermögensbildung. Die zweite Säule ist Pflicht, die dritte freiwillig.

Die zweite Säule sieht vor, dass alle Beschäftigten unter vierzig einen Teil ihrer Rentenbeiträge auf ein individuelles Rentensparkonto einzahlen, während der Restbetrag für die laufenden Rentenzahlungen verwendet wird. Alle Beschäftigten über vierzig entrichten ihre Beiträge weiter wie gewohnt, nach dem Prinzip des Generationenvertrags. Auf diese Weise wird der Etat weit weniger belastet, als wenn *jeder* Erwerbstätige einen Teil seiner Beiträge auf ein individuelles Konto einzahlen würde.

Die dritte Säule ist dadurch gekennzeichnet, dass die Erwerbstätigen sowohl die Höhe ihrer Beiträge als auch die Rentenversicherungskasse selbst wählen. Auf diese Weise wird es dann möglich, dass Privatvermögen in die Rentenkassen fließt. Für die Absicherung der entsprechenden Investitionen und des Wirtschaftswachstums muss ein leistungsfähiger Kapitalmarkt bestehen – leistungsfähig im Hinblick auf sich rentierende Spareinlagen und gewinnträchtige Investitionen. Der kroatische Kapitalmarkt befindet sich noch im Entstehen. Und Kapitalmärkte im Entstehen unterscheiden sich erheblich von den Kapital-

märkten der hoch entwickelten Industrieländer, die bereits auf eine lange Geschichte zurückblicken können, denn im Gegensatz zu ihnen sind die Grundzüge der jungen Kapitalmärkte:

- sehr geringe Kapitalisierung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt
- sehr geringe Notierung von Aktien an der Börse
- niedriger Umsatzkoeffizient
- fehlende Transparenz, Liquidität u.Ä.

Für den weiteren Ausbau des Kapitalmarkts ist es erforderlich, einen rechtlichen und institutionellen Rahmen zu schaffen, der Anreize schafft für den Transfer von einheimischen Ersparnissen auf den Kapitalmarkt. Die initialzündende Rolle fällt dabei der zweiten und dritten Säule der Rentenreform zu.

Soziale Partnerschaft als Modell des sozialen Friedens

Für jede Gesellschaft, insbesondere aber für die Reformländer, ist es wichtig, dass die Sozialpartner ihre Interessen artikulieren können. In den westlichen Gesellschaften ist diese Sozialpartnerschaft der Mechanismus zur Artikulation des wichtigen Interessendreiecks Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Regierung, das für Stabilität und ein beneidenswertes Niveau des sozialen Friedens sorgt.

Die Bedeutung dieser Sozialpartnerschaft für Reformländer wie Kroatien liegt in der Schaffung geeigneter Maßnahmen oder diplomatischer Kommunikationsmechanismen zur Artikulation gegensätzlicher Interessen. Für die Gesellschaft dieser Länder, die zur Marktwirtschaft übergehen und noch die Wunden des ehemaligen sozialistischen Systems tragen, die verschiedene Modelle der Transformation und Privatisierung auspro-

biert haben, die mit den sozialen Folgen dieser Modelle und sozialer Ungleichheit konfrontiert sind und nur über unzulängliche Mechanismen zur Artikulation der Sozialpartner verfügen – für sie ist der Mechanismus der sozialen Partnerschaft ein wichtiges Mittel zur Schaffung von Stabilität und Frieden in der Gesellschaft.

JUGEND UND ARBEITSLOSIGKEIT

Die Veränderungen, die die Transformation der kroatischen Wirtschaft mit sich bringt, zusätzlich noch erschwert durch die Hinterlassenschaft von Rezession und Krieg, haben sich in besonderem Maße auf dem Arbeitsmarkt niedergeschlagen. Hohe Arbeitslosigkeit, Überbeschäftigung, fehlende neue Arbeitsplätze und enorme Schwarzarbeit sind die Probleme, denen sich Kroatien in der Anfangszeit der Transformation und der Anpassung an den Weltmarkt gegenüber sah.

Doch Arbeitslosigkeit ist nicht nur ein Problem der Reformländer. Laut Angaben der Weltarbeitsorganisation (ILO) sind weltweit rund eine Milliarde Arbeiter bzw. ein Drittel der Arbeitskräfte ohne Anstellung oder unterbeschäftigt.

Auch in der Zeit vor 1990 war die Jugendarbeitslosigkeit in Kroatien bereits stark ausgeprägt, sodass in den Achtzigerjahren zwischen 62 und 67 Prozent der Arbeitslosen jünger als 25 waren. Einer Umfrage aus dem Jahre 1998 zufolge stellen die 19- bis 24-Jährigen 24 Prozent der Arbeitslosen.

Zu den am meisten von der Arbeitslosigkeit betroffenen Altersgruppen zählt neben den Jugendlichen auch die ältere Generation, unter der – teils wegen des fortgeschrittenen Alters, aber auch aufgrund von Ausbildung und Anpassungs-

schwierigkeiten – die Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich hoch ist und weiter zunimmt.

Die nationale Beschäftigungspolitik, die 1998 vom kroatischen Parlament (*Sabor*) beschlossen wurde, konnte das Problem bislang nicht lösen, denn es stellte sich heraus, dass auf den Arbeitsmarkt gerichtete Maßnahmen allein kurzfristig nicht zu mehr Beschäftigung führen können.

Der wichtigste Impuls für echte Arbeitsplatzbeschaffung ist die wirtschaftliche Entwicklung. Dazu müssen die Voraussetzungen geschaffen werden: ein marktwirtschaftliches Umfeld, das sich positiv auf Wachstum und Entwicklung auswirkt. Neue Arbeitsplätze entstehen durch die Förderung des Wirtschaftswachstums, und zwar in erster Linie im privaten Sektor mit besonderer Betonung auf Klein- und Mittelstandsbetrieben. Dringend erforderlich ist in diesem Zusammenhang auch die möglichst rasche Privatisierung der großen öffentlichen Unternehmen, die dem Staat gehören; die Rentenreform; die mittelfristige Verringerung des Anteils des staatlichen Verbrauchs und der Renten- und Krankenversicherungsfonds am Bruttoinlandsprodukt auf rund 45 Prozent; die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit; die Öffnung gegenüber dem Weltmarkt u. Ä.

All das stellt notwendigerweise auch die wirtschaftliche Entwicklung in den Dienst der Beschäftigungspolitik, welche die institutionellen Voraussetzungen für die Entwicklung des Unternehmertums und der Arbeitsethik zu schaffen und die räumliche und berufliche Flexibilität der arbeitsfähigen Bevölkerung ausbauen hat. Dabei ist stets im Auge zu behalten, dass Flexibilität und die Fähigkeit zu rascher Weiterbildung und Umschulung heute zu den grundlegendsten For-

derungen der Wirtschaft an die Arbeitskräfte gehören. Im Zeitalter von Globalisierung und technologischem Fortschritt wird der Mensch in seinem Leben im Schnitt drei Karrieren haben.

Wissen und Flexibilität sind damit zu Grundvoraussetzungen für die Beschäftigung des Einzelnen und die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes geworden. Untersuchungen haben gezeigt, dass Investitionen in Bildung und Ausbildung doppelt so hohe Erträge bringen wie die in Industrieanlagen und Betriebsausstattung. Daher muss auch Kroatien die Struktur seiner Wirtschaft an die neuen Umstände anpassen, wenn es sich auf dem Weltmarkt behaupten will. Angesichts von Globalisierung und Konkurrenzdruck muss Kroatien vor allem in die Bildung und Ausbildung seiner Arbeitskräfte investieren (die Grundlage des südasiatischen Wirtschaftswunders).

SCHLUSSBEMERKUNG

Abschließend lässt sich Folgendes festhalten:

Die kroatische Wirtschaft ist durch zahlreiche Probleme aus der Vergangenheit belastet, was sich in erster Linie in der Ineffizienz der Wirtschaftsstruktur niederschlägt.

Hohe Wachstumsraten können durch eine verbesserte Nutzung der bestehenden Kapazitäten, durch deren Modernisierung und technologische Erneuerung sowie durch die Ausweitung der Produktionskapazitäten erreicht werden.

Vor allem in die Anhebung des Bildungs- und Ausbildungsniveaus der Jugend muss systematisch investiert werden.

Die gesamte Wirtschaftspolitik muss den Export ankurbeln und das Sparen, vor allem langfristige Spareinlagen von Bürgern und auch Un-

ternehmen fördern, unter anderem durch steuerliche Anreize.

Ausländische Investitionen müssen erleichtert werden, indem interessierten Investoren besondere Steuerbegünstigungen gewährt werden, vor allem in den Bereichen der neuen Technologien und der Ausfuhr.

Durch Maßnahmen der aktiven Politik muss auf die Flexibilität des Arbeitsmarktes und auf Arbeitsplatzbeschaffung hingearbeitet werden.

Unternehmertum und Solidargemeinschaft ist zu fördern und das Gleichgewicht zwischen persönlicher Verantwortung und Risikoübernahme zu bewahren.

Politik und Wirtschaft müssen ethisches Handeln im Dienste des Allgemeinwohls sein.

Durch ein aufeinander abgestimmtes Handeln von Politik und Wirtschaft muss der soziale Dialog und der soziale Frieden – das Milieu für jeden weiteren Fortschritt von Gemeinschaft und Familie – weiter ausgebaut werden.

¹ Nach Einschätzung von Selowsky und Martin (1997) hat in den Jahren 1990 bis 1995 in den Reformländern der Krieg im Schnitt zu einem zusätzlichen Rückgang des Outputs von rund 16 % pro Jahr geführt.

² Siehe die Studie von G. Nikić (Hg.), *Očekivani utjecaj pridruženog članstva u Europskoj uniji na gospodarstvo Hrvatske: cost benefit analiza*.

³ Siehe Tabelle 1, Posten 'Laufende Transfers'.

Anmerkungen

LITERATUR

- Baletić, Z. (Hauptredakteur) et al. (1999), *Hrvatsko gospodarstvo u tranziciji*, Ekonomski institut Zagreb, Zagreb.
- Creedy, J. (1998), *Pensions and population ageing: an economic analysis*, Edward Elgar, Cheltenham.
- Foreman-Peck, J. (Hg.) (1998), *Historical foundations of globalization*, An Elgar Reference Collection, Cheltenham.
- Nikić, G. (Hg.) (1998), *Očekivani utjecaj pridruženog članstva u Europskoj uniji na gospodarstvo Hrvatske: cost benefit analiza*, EIZ und IMO.
- Njavro, Đ. (1997), *Hrvatska po mjeri čovjeka: tržišno gospodarstvo i socijalna država: govori i razgovori*, Pan-liber, Osijek-Zagreb-Split.
- Selowski, M. / Martin, R. (1997), *Policy Performance and Output Growth in the Transition Economics*, American Economic Review, Papers and Proceedings, 87 (1997) 2, 349-368.